

17.02

Abgeordneter Ing. Robert Lugar (STRONACH): Hohes Haus! Wir haben jetzt den Bildungsbericht vorliegen, das sind 600 Seiten – ich weiß nicht, ob Sie ihn schon gesehen haben –, und da stehen interessante Dinge drinnen.

Es steht zum Beispiel drinnen, dass unser Schulsystem noch ganz, ganz viel von der Monarchie herübergerettet hat, und zwar was zum Beispiel die Verwaltung und die Hierarchieebenen betrifft. Da ist unser Schulsystem für mehr als 50 Millionen Menschen ausgerichtet, so wie damals in der Monarchie.

Aber nicht nur dass die Verwaltungsstruktur noch auf die Monarchie ausgerichtet ist, nein, auch der Unterricht an sich ist es. Interessanterweise kommt im Bildungsbericht der Unterricht an sich ja praktisch nicht vor. Es wird viel über Struktur und über Organisation gesprochen, aber nicht darüber, wie man gelingenden Unterricht schaffen kann und wie man es schafft, die Bildungsziele, die ja an die heutige Zeit angepasst sein sollten, auch dementsprechend zu erreichen. Das kommt hier nicht vor.

Und auch hier haben wir viel von der Monarchie mitgenommen. Das sehe ich, allein wenn ich mir bei meinen zwei Kindern, die jetzt neun und elf sind, anschauere, mit wie viel unnötigem Wissen sie vollgestopft werden. 90 Prozent der Lernaufgabe bestehen darin, irgendein Wissen aufzusaugen, das heißt, Dinge auswendig zu lernen, die ich innerhalb von einer Sekunde nachschlagen oder googlen kann.

Da muss man als Elfjähriger zum Beispiel wissen, wie denn nun der zweitgrößte Fluss in einem amerikanischen Bundesstaat heißt. Das ist unnötig! Das ist unnötiges Wissen, das vermiest den Kindern den Spaß am Lernen und kommt aus einer Zeit, in der das absolut sinnvoll war. Dieses Aufsaugen von Wissen war früher unglaublich wichtig, denn früher gab es die Informationen nicht einfach so wie heute. Da gab es wenige Bücher, und der Zugang zu Büchern war schwer. Das heißt, alles, was (*der Redner zeigt in Richtung seines Kopfes*) da oben nicht drinnen war, existierte nicht und konnte nicht einfach so schnell einmal nachgeschaut werden.

Aus dieser Zeit kommt die Art, wie wir heute unseren Kindern angeblich die Reife für das Leben geben, nämlich indem wir 90 Prozent ihrer Zeit und ihrer Energie darauf verwenden, dass sie irgendetwas auswendig lernen, was kein Mensch braucht.

(*Zwischenruf der Abg. Gusenbauer-Jäger.*)

Was wir heute brauchen würden, wäre die Basis, nämlich Lesen, Schreiben und Rechnen – das schaffen wir auch nicht in neun Jahren; zumindest ein Viertel schafft das nicht in neun Jahren –, und auf dieser Basis muss dann eine

Problemlösungskompetenz aufgesetzt werden, sodass man sich innerhalb kürzester Zeit flexibel in jedes Thema so einarbeiten kann, dass man sich einigermaßen gut auskennt. **Das** wären die Fähigkeiten, die man heutzutage bräuchte, und diese werden von Firmen und Betrieben auch nachgefragt. Nur: Das lernen unsere Kinder nicht. Und **genau das** ist das Problem!

Aber kommen wir noch einmal zurück zum Bildungsbericht! Der Bildungsbericht sagt mehrere Dinge: Erstens sagt er, dass so, wie es im Moment läuft, eine Autonomie gar nicht möglich ist – also eine umfassende Autonomie ist unter diesen Rahmenbedingungen nicht möglich. Deshalb haben wir die Idee geboren – ich habe es Ihnen ohnehin schon im Ausschuss gesagt –, dass man die kostenlose Privatschule für alle einführt.

Im Moment ist es ja so, dass – speziell in Wien – sich viele Eltern das Schulgeld vom Mund absparen, um ihren Kindern eine gute Schule zu ermöglichen. Man gibt sein Kind in eine Privatschule und zahlt dafür bis zu 500 €, 600 € im Monat, nur damit das Kind eine möglichst passende Ausbildung bekommt. Und wenn jetzt der Staat hergeht und diese Privatschulen mit freier Trägerschaft fördert, also jene, die sich auch die Lehrer selbst aussuchen können, ist das Problem gelöst – Privatschulen, aber nicht diese Pseudo-Privatschulen, von denen Sie immer sprechen, auch im Ausschuss. Sie haben nämlich im Ausschuss gesagt, Sie haben sich das angeschaut und die Privatschulen seien nicht besser als die öffentlichen Schulen.

Frau Minister, erstens gibt es eine Untersuchung darüber gar nicht, zweitens sagt schon der Hausverstand, dass sich niemand 500 €, 600 € vom Mund abspart, um sein Kind in eine Privatschule zu geben, wenn es daneben eine öffentliche Schule gibt, die das genauso gut macht. Glauben Sie mir, die Eltern sind nicht Feind ihres eigenen Geldes. Niemand macht das! Das heißt, alleine daran sehen Sie schon, dass die Privatschulen besser sind.

Und wenn Sie sich die Gesamtkosten von Privatschulen ansehen, dann sehen Sie, dass diese sogar noch günstiger sind als die öffentlichen. Nur: Auf der einen Seite zahlt es der Bürger und auf der anderen Seite zahlt es auch der Bürger, aber über die Steuerlast – und das ist das Unfaire am System! Das heißt, wenn Sie im Schulsystem irgendetwas Gutes machen wollen, dann vergessen Sie den öffentlichen Bereich, denn der ist nicht reformierbar! Die öffentliche Schule, so wie sie jetzt von den Landeshauptlingen, von der Politik und von allem anderen durchdrungen ist, ist nicht reformierbar, auch wenn Sie heute ein bisschen daran herumdoktern. (*Abg. Gisela Wurm: Mich wundert, dass ...!*)

Das ist nicht reformierbar! Wir haben aber einen Schultyp, der funktioniert, nämlich die Privatschule in freier Trägerschaft. Und wenn Sie diese Privatschulen finanziell so unterstützen, wie Sie die öffentlichen unterstützen, dann haben die Eltern die Wahlmöglichkeit. Dann werden Sie sehen, dass die meisten Eltern ihre Kinder selbstverständlich in Privatschulen schicken, wenn sie sich das eben auch leisten können, weil sie nichts dafür zahlen müssen.

Da könnte man ansetzen. Warum? – Weil sich die Privatschulen die Lehrer selbst aussuchen können. Da haben wir genau jenen Effekt, den wir eben bei den öffentlichen Schule nicht haben, denn da sucht die Lehrgewerkschaft ganz stark mit aus. Und wenn dann irgendwelche Lehrer nachweislich zum Schaden der Kinder an einer Schule sind – die Gewerkschaft nennt das, glaube ich, Problemlerher; laut Gewerkschaftsaussagen gibt es davon angeblich 5 000 –, dann werden diese nicht umgeschult und möglicherweise in ein Kabinett gesetzt, wo sie dann irgendetwas nicht so Schädliches tun können, nein, sie werden als sogenannter Wanderpokal von einer Schule zur nächsten weitergereicht. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen! – **Das** ist unser System, und daran, dass das so ist, hat die Lehrgewerkschaft einen großen Anteil!

Wenn wir es schaffen, die privaten Schulen zu fördern, sodass sich die Eltern aussuchen können, wo sie ihr Kind hingeben, und die Privatschulen sich die Lehrer aussuchen können, dann ist das in der Sekunde abgestellt, denn keine Privatschule würde solche Lehrer anstellen, die nachweislich zum Schaden der Kinder sind. – **Genau das** ist der Punkt! (Abg. **Gusenbauer-Jäger**: *Die Lehrer machen Sie schlecht!*)

Sie sagen, ich mache die Lehrer schlecht. Es gibt 120 000 Lehrer, und davon sind laut Gewerkschaftsaussagen 5 000 sogenannte Problemlerher. Jetzt sage ich Ihnen ein Geheimnis: In jeder Berufssparte gibt es Leute, die ungeeignet sind, möglicherweise auch in der Politik – möglicherweise! (Abg. **Yilmaz**: *Politiker! Vor allem Politiker manchmal!*) Das ist etwas, was Sie jetzt endlich einmal zur Kenntnis nehmen müssen: In **jeder** Berufssparte gibt es das!

Wenn Sie ein Arzt operieren würde, der nachweislich ungeeignet ist, weil er zweimal ohnmächtig wird, wenn er Blut sieht, dann hätten Sie auch keine große Freude. In diesem Fall wird er allerdings aus dem Operationssaal entfernt. Aber: Wenn ein Lehrer in der Klasse ein Problem hat, bleibt er in der Klasse. Im besten Fall wandert er zur nächsten Schule und quält dort die nächsten Kinder, und das geht mitunter Jahrzehnte so. Und **das** ist das Problem!

Deshalb, Frau Minister, doktern Sie nicht an diesem alten System herum! Sie brauchen nur eines zu tun: die Privatschulen genauso zu fördern wie die öffentlichen Schulen und dann den Eltern die Wahl zu lassen! Und in der Sekunde haben wir ein gutes Schulsystem. Und da Problem ist gelöst. – Vielen Dank. *(Beifall beim Team Stronach.)*

17.09

Präsidentin Doris Bures: Als Nächste ist Frau Abgeordnete Jank zu Wort gemeldet. – Bitte.